283

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 68

Freitag, den 10. Juni

1921

Inhalt: Bekanntmachung, betreffend eine Professur für theoretische Physik. S. 283. — Bekanntmachung, betreffend die Ausübung des Luftbarkeitssteuergesetzes vom 6. Juni 1921. S. 283.

Bekanntmachungen des Senats.

Bekanntmachung, betreffend eine Professur für theoretische Physik.

Der Senat verkündet als Gesetz, daß die Bürgerschaft beschlossen hat, daß eine ordentliche Professur für theoretische Physik an der Hamburgischen Universität geschaffen werde.

Ausgefertigt Hamburg, den 8. Juni 1921.

Der Senat.

Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Luftbarkeitssteuergesetzes vom 6. Juni 1921.

Der Senat verordnet auf Grund des § 25 des Luftbarkeitssteuergesetzes vom 6. Juni 1921, was folgt:

§ 1

Zu § 5 des Gesetzes.

Es dürfen nur solche Zuschlag- (Nachlöse-) Karten ausgegeben werden, die erkennen lassen, für welchen Platz sie Gültigkeit haben sollen. Die Steuer für Zuschlagkarten ist zu berechnen unter Berücksichtigung des Preises des Platzes, für den sie gelöst werden.

§ 2

Zu § 8 des Gesetzes.

Die Steuerbehörde kann anordnen, daß die Eintrittskarten und sonstige Eintrittsnachweise einem vorgeschriebenen Muster entsprechen. Sie kann ferner vorschreiben, daß unentgeltlich ausgegebene Karten mit einem amtlichen Vermerk versehen werden.

Die Eintrittskarten müſſen den Tag der Veranstaltung und den Eintrittspreis erkennen laſſen. Sie müſſen mit fortlaufenden Nummern verſehen ſein, ſoweit nicht Tageskarten zur Ausgabe gelangt, denen ein feſtſtehender Sitzplan (Veſtuhlungsplan) zugrunde liegt.

Alle Änderungen des Veſtuhlungsplans ſind der Steuerbehörde vor derjenigen Veranstaltung anzumelden, zu welcher die Änderung bewirkt wird. Änderungen, die ausnahmsweiſe erſt während einer Veranstaltung vorgenommen werden müſſen, ſind der Steuerbehörde ſpäteſtens an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag anzumelden.

Der Veranstalter darf den Eintritt in den Raum, in dem die Veranstaltung ſtattfindet, nur gegen Vorzeigung und Entwertung der Eintrittskarten geſtatten.

Karten, die für die Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen ausgegeben ſind, müſſen durch Durchlöcher, Stangen, Abreißen einer Ecke oder in ähnlich kennzeichnender Weiſe ſo entwertet werden, daß ihre Wiederverwendung für eine andere Veranstaltung ausgeſchloſſen iſt.

Die entwerteten Eintrittskarten ſind den Teilnehmern während der Dauer der Veranstaltung zu beſaſſen.

Die Teilnehmer an kartenſteuerpflichtigen Veranstaltungen ſind verpflichtet, den Beauftragten der Steuerbehörde die Eintrittskarten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 3

Zu § 11 des Geſetzes.

Luſtbarkeiten, die der Kartensteuer unterliegen, ſind unter Verwendung des amtlichen Vorbruders ſpäteſtens 2 Werktag vor der Veranstaltung von dem Veranstalter oder ſeinem bevollmächtigten Vertreter der Steuerbehörde zur Verſteuerung anzumelden. Der Anmeldung ſind die Eintrittskarten, die ausgegeben werden ſollen, zur Abſtemmelung beizufügen. Gleichzeitg iſt die Druckereirechnung oder der Liſterschein der Druckerei vorzulegen. Die Herſtellung von Eintrittskarten mit eingedrucktem Steuerſtempel bedarf vorheriger Zuſtimmung der Steuerbehörde.

Die Steuerbehörde kann von der Vorlage und der Abſtemmelung von Eintrittskarten abſehen, denen ein feſtſtehender Sitzplan (Veſtuhlungsplan) zugrunde liegt.

Anträge auf Bewilligung des Abrechnungsverfahrens für die Kartensteuer können bei der Steuerbehörde zu Protokoll erklärt werden. Der Antragſteller hat ſich ſchriftlich zu verpflichten:

I. bei laufenden Veranstaltungen:

- a) eine geordnete Buchführung einzurichten, die ohne weiteres erkennen läßt, wie ſich der Verkauf der einzelnen Kartengattungen geſtaltet hat,
- b) bis zum Ablauf der Abrechnungszeit ein Verzeichnis der verkauften Karten unter Angabe der Kaufpreiſe einzureichen und den geſchuldeten Abgabebetrag gleichzeitg zu entrichten,
- c) alle nicht verkauften oder gegen Erſtattung des Kaufpreiſes zurückgenommenen Karten ſowie die Nachweiſe über unentgeltlich ausgegebene Karten überſichtlich geordnet bis einen Monat nach Einreichung der Abrechnung aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen;

II. bei Einzelveranstaltungen:

- a) wie unter I b,
- b) alle nicht ausgegebenen oder gegen Erſtattung des Kaufpreiſes zurückgenommenen Karten der Steuerbehörde zur Vernichtung einzuliefern.

Die Steuerbehörde iſt beſugt, mit einzelnen Steuerpflichtigen beſondere Vereinbarungen abzuschließen.

§ 4

Zu § 13 Abs. 2 des Gesetzes.

Bei der Berechnung der steuerpflichtigen Fläche für die Pauschsteuer sind der Bühnenraum und der Raum für das Orchester außer Betracht zu lassen.

§ 5

Zu §§ 19 und 20 des Gesetzes.

Wer gewerbmäßig Räume für Veranstaltungen, die der Lustbarkeitssteuer unterliegen, zur Verfügung stellt, ist verpflichtet, sämtliche in seinen Räumen stattfindende, nach den §§ 1 und 2 des Lustbarkeitssteuergesetzes in Betracht kommende Veranstaltungen, auch wenn sie von der Steuer befreit sind, der Steuerbehörde vier Tage vor Beginn der Veranstaltung schriftlich anzumelden und Zeit und Ort der Veranstaltung sowie Namen und Wohnung des Veranstalters oder seines hiesigen Vertreters anzugeben.

Findet eine bereits angemeldete Veranstaltung nicht statt oder wird sie auf einen anderen Zeitpunkt verlegt, so ist die Steuerbehörde sofort schriftlich zu benachrichtigen.

§ 6.

Zu § 25 letzter Abz.

Für Eintrittskarten, welche am Tage des Inkrafttretens des Lustbarkeitssteuergesetzes vom 6. Juni 1921 bereits verkauft waren, soll eine Nachzahlung der etwaigen höheren Steuer nicht gefordert werden. Doch soll dies nicht gelten für Abonnements-, Dauer- und Zeitkarten, die für Veranstaltungen ausgegeben sind, die erst nach dem 1. September 1921 stattfinden.

Gegeben in der Versammlung des Senats, Hamburg, den 8. Juni 1921.